

# Breslauer



# Zeitung.

No. 500. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch den 26. Oktober 1859.

## Telegraphische Depesche.

**Paris, 25. Oktober, Nachm.** Hier eingetroffene Nachrichten aus Rom vom 22. d. melden, daß man daselbst einen Zusammenstoß der Vorposten der päpstlichen und der romagnolischen Truppen befürchtete. — Aus Neapel wird von demselben Datum gemeldet, daß die Truppenanwerbungen fort-dauern. Der König inspizirt Truppen und Festungen. Vier neapolitanische Fregatten kreuzen fortwährend an der Küste der Romagna. Der König von Neapel hat dem General Roguet, der mit einer Mission des Kaisers Napoleon betraut ist, ein Diner gegeben.

## Telegraphische Nachrichten.

**Wien, 24. Oktober, Abends 6 Uhr.** Erzherzog Albrecht und Baron von Berner sind von Warschau zurückgekehrt.  
**London, 25. Oktober.** Mit dem Dampfer „Asia“ sind Nachrichten aus New-York vom 12. d. eingetroffen. Nach denselben hat der englische Gesandte in Washington, Lord Lyons, eine Depesche erhalten, nach welcher derselbe vom Präsidenten Buchanan eine Erklärung in Betreff der Insel San Juan fordern sollte. Der Präsident Buchanan bereitet eine desillirte Antwort vor. — General Miramon entdeckte und bestrafte eine Militär-Verdrehung. In New-York war der Cours auf London 9 1/2, middling Baumwolle flau 1 1/2, Wehl besser.

## Preußen.

**Berlin, 25. Oktober.** [Amtliches.] Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, allergnädigst geruht: Den Vorstand des preussischen Postamts zu Dessau, Post-Direktor und herzoglich anhalt-dessauischen Major a. D. von Koseritz und dem Schloßhauptmann Weger zu Neubaus in der Regierungsbefehl Frankfurt, den rothen Adlerorden vierter Klasse; so wie dem Schullehrer Adrian zu Bornholte, im Kreise Wiedenbrück, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Friedrich Karl von Preußen nebst Höchsthren Töchtern, den Prinzessinnen Marie und Elisabeth von Preußen, ist von Dessau hier wieder eingetroffen.

Se. königliche Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen ist von Breslau hier angekommen und nach Mecklenburg weitergereist.

An der Ritter-Akademie in Branzenburg ist die Beförderung des Dr. Koch zum Oberlehrer, und die Anstellung des Dr. Seidel, bisher am Gymnasium in Colberg, als ordentlicher Lehrer; ferner am Gymnasium zu Colberg die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Pfudel, so wie am Pädagogium zu Züllichau die der Schulamts-Kandidaten Kohmer und Dr. Harz als ordentliche Lehrer genehmigt worden.

[Lotterie.] Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 120. königlichen Klassen-Lotterie fiel ein Gewinn von 5000 Thlr. auf Nr. 15,940. 2 Gewinne zu 2000 Thlr. auf Nr. 28,436 und 51,025. 33 Gewinne zu 1000 Thlr. fielen auf Nr. 3353. 6718. 21,748. 27,120. 27,233. 27,978. 33,783. 34,591. 40,591. 41,842. 42,528. 42,578. 44,620. 45,041. 47,486. 47,751. 54,796. 62,576. 63,068. 63,599. 64,879. 65,260. 69,020. 78,022. 80,743. 83,255. 83,561. 84,010. 84,990. 85,366. 88,520. 89,264 und 94,938.

41 Gewinne zu 500 Thlr. auf Nr. 4618. 8963. 10,813. 13,598. 15,481. 17,259. 17,385. 20,784. 22,056. 25,129. 27,776. 27,907. 31,567. 32,648. 33,509. 34,571. 37,555. 38,601. 38,712. 40,651. 42,574. 43,881. 44,318. 44,573. 45,350. 45,910. 46,833. 49,450. 54,440. 55,640. 57,606. 60,632. 68,371. 72,038. 74,671. 84,995. 88,734. 89,271. 89,503. 89,731 und 93,929.

71 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 2816. 4331. 5120. 6016. 11,073. 11,483. 12,428. 13,374. 15,228. 16,906. 18,077. 19,020. 19,542. 21,339. 22,500. 24,331. 25,236. 25,790. 25,815. 26,924. 27,602. 28,082. 32,558. 33,698. 33,821. 34,263. 34,376. 36,888. 36,990. 39,026. 39,332. 39,995. 41,796. 43,522. 46,788. 47,023. 48,185. 50,286. 50,813. 53,779. 55,514. 55,572. 57,233. 58,229. 61,682. 63,280. 65,376. 65,552. 66,084. 66,326. 66,972. 67,310. 67,647. 68,525. 71,096. 71,293. 71,878. 72,647. 73,415. 75,512. 77,078. 84,746. 84,937. 85,794. 88,659. 90,295. 90,559. 90,915. 90,933. 94,811 und 94,890.

**Berlin, 25. Oktbr.** [Die Rückreise Sr. königlichen Hoheit des Prinz-Regenten.] Der Frühregen, der am heutigen Morgen bei der Abreise Sr. königl. Hoheit unferes Prinz-Regenten von Breslau mit der trüben Stimmung des Scheidens harmonirte, wich bald darauf vor den Strahlen der milden Herbstsonne, die der raschen Fahrt einen heiteren Charakter verlieh. Es war kurz vor 9 Uhr, als der lange Train, der den Prinz-Regenten und das sehr bedeutende Gefolge hierher nach der Residenz führte, den Niederschleissischen Bahnhof, begleitet von dem lebhaftesten Glückwunschn für die Reise, verließ. In Hainau standen auf dem Perron des Bahnhofes die Behörden, die Geistlichkeit und die uniformirten Bürgerhütten versammelt, um den Herrscher ehrsüchtig zu begrüßen. Se. königl. Hoheit verließen den Wagen, sich kurze Zeit hindurch freundlich mit den Deputationen unterhaltend. Von hier ging es in raschem Fluge an den nächsten Stationen vorüber, wo überall die Bewohner in festlichem Anzuge versammelt waren und herzliche Lebechüß dem erhabenen Fürsten zububelten, die Allerhöchstdieselbe mit gewohnter Keuschigkeit dankend aufnahm. Auf der Station Handorf machte der Zug kurze Rast, weil der Prinz-Regent hier denselben verließ, um sich nach Sagan zu begeben und dort einer Einladung der Frau Herzogin von Sagan zufolge das Diner einzunehmen. Während des Verweilens auf dem handorfer Bahnhofe machte Se. königliche Hoheit eine Promenade die lange Wagengänge hinab und beehrte mehrere Personen mit freundlicher Ansprache, namentlich mehrere jüngere ruffische Diplomaten, dann auch Privatpersonen, denen die Benutzung des Extrazuges genehmigt worden, unter anderen auch den kunstfertigen Hofjuwelier Friedberg. Von Sagan aus gedachte der Regent um 6 Uhr wieder abzureisen, um mit einem neuen Extrazuge Abends 10 Uhr in Berlin einzutreffen. Der

bis Handorf von Allerhöchstdieselben benutzte Separatrain brachte von hier aus das ganze Gefolge — denn nur der Feldmarschall Wrangel und ein Adjutant waren dem hohen Herrn nach Sagan gefolgt — um 3 Uhr nach Berlin. Auf der ganzen Fahrt herrschte große Heiterkeit, erregt von der Erinnerung an die herrlichen in Breslau verlebten Festtage, von deren Großartigkeit man hier in Berlin bei unserer Ankunft nur bruchstückweise Kenntniß hatte, da der zeitungsarme Montag dazwischen gefallen war. — Heute Abend sprach sich das wohl erfolgreiche Ereigniß der Monarchen-Zusammenkunft an den öffentlichen Orten, namentlich in dem überfüllten Opernhause und in dem gedrängt vollen Schauspielhause, wo Fräulein G o s m a n n abermals künstlerische Triumphe in der Blüthe: „Sie schreibt an sich selbst“ feierte, sehr lebhaft aus. Man nahm antheilsvoll die Mittheilungen über den ungeheuersten, aus patriotischem Herzen aufgestimmten Entzückungsmus, den Breslau, wie vor Kurzem beim Erscheinen des Prinzen Friedrich Wilhelm, so auch bei dieser bedeutungsvolleren Zusammenkunft ausgesprochen, auf, verleugnete sogar den achtungswürthigen Egoismus so weit, daß man die Andeutungen, wie der Glanz der breslauer Feste ähnlichen in Berlin gefeierten nicht nach-gestanden, mit Befriedigung entgegen nahm. Wer so glücklich war, Zeuge des Ereignisses in Schlesiens Hauptstadt gewesen zu sein, wird, gleich uns, jenen Tagen eins der hervorragendsten Blätter des Erinnerungs-Albums einräumen. Mag dem Vaterlande aus der Saat heilbringende Frucht erwachsen.

**Berlin, 25. Oktober.** [Der Antrag bezüglich der Revision der Bundeskriegs-Verfassung und die preussische Erklärung.] Der Antrag bezüglich der Bundeskriegs-Verfassung hat folgende Fassung:

„Die öffentliche Meinung in Deutschland ist, von dem Eindruck der politischen Ereignisse der jüngsten Zeit irre geleitet, vielfach zu der in ihren Konsequenzen gefährlichen Schlussfolgerung gelangt, daß die deutsche Bundesverfassung den Grund der Unausführbarkeit in sich selbst trage, und daß dieselbe zu Erreichung ihrer Hauptzwecke, als der Wahrung der Sicherheit Deutschlands und der Förderung seiner gemeinsamen Interessen unzureichend sei.“

Angeichts dieser beklagenswerthen Thatsache erachten es die antragstellenden Regierungen für ihre Pflicht, im Schooße hoher Versammlung zunächst ihre innigste Ueberzeugung offen dahin auszusprechen, daß es nur des aufrichtigen und ersten Willens aller im Bunde vereinigten Staaten zu unverzüglicher Ausführung der Bestimmungen des Bundesvertrages bedürfe, um die Zwecke des Bundes zu erreichen und insbesondere auch Konsistenz mit dem Auslande gegenüber derjenigen Machtentwicklung und einheitlichen Aktion fähig zu sein, welche die Sicherheit des Bundes zu verbürgen geeignet ist.

Dabei mißkennen dieselben indessen nicht, daß die Verfassung und die Einrichtungen des Bundes der Entwicklung und der Fortbildung wohl fähig seien, und sie werden deshalb gerne auf die sorgsamste Prüfung und Verhandlung von Vorschlägen eingehen, die unter unverrückter Festhaltung der Grundprinzipien des Bundesvertrages durch Anbahnung lebendigen Vollzugs desselben und durch heilsame Verbesserung und Ausbildung der Bundesverfassung Deutschlands Gesamtwohl zu fördern geeignet wären und durch welche die Wiederkehr der während der jüngsten Zeitereignisse so folgenschwer hervorgetretenen Einwendungen gegen Ausführung bundesverfassungsmäßiger Bestimmungen und gegen Beschlußfassungen des Bundes fern gehalten werden könnte.

Auf der anderen Seite betrachten sie es aber, in so lange eine Aenderung der bestehenden Gesetze des Bundes in verfassungsmäßiger Weise nicht eingetreten ist, als eine unabweisliche Verpflichtung aller Bundesglieder, für Aufrechterhaltung und Vollzug dieser Gesetze, wie der von der Bundesversammlung in ihrer Zuständigkeit gefaßten Beschlüsse einzustehen und hierzu mitzuwirken, nicht minder aber auch unbenutzen, auf Umsturz der Bundesverfassung gerichteten Bestrebungen nach Maßgabe der bestehenden Gesetze mit allem Ernste entgegenzutreten.

Von diesen Ansichten geleitet und hiernach etwaigen Anträgen in vorerwähnter Richtung entgegengehend, glauben die antragstellenden Regierungen jedoch ihrerseits schon jetzt die Aufmerksamkeit der hohen Versammlung auf Einsichten zu lenken zu sollen.

Es hat sich nämlich während des Verlaufs der jüngsten Zeit vor Allem die Ansicht verbreitet, daß die Bundeskriegsverfassung nicht ausreichte, um eine den Schutz des Bundes sichernde Verwendung der Wehrkraft desselben zu verbürgen, und es hat diese Ansicht bekanntlich selbst in offiziellen Aeußerungen Ausdruck gefunden.

Im Interesse der gemeinsamen Sicherheit, wie in Berücksichtigung der durch jene Ansicht in weiten Kreisen verbreiteten Besorgnisse, scheint es den antragstellenden Regierungen unerlässlich zu sein, sofort in sorgsamster Erwägung zu ziehen, ob und welcher Aenderungen die Bundeskriegsverfassung allenfalls bedürftig sei, um ihren Zweck zu erfüllen, und es haben hiernach die Gesandten zu beantragen:

„Hohe Bundesversammlung wolle die Bundes-Militär-Kommission beauftragen, alsbald die Bundes-Kriegsverfassung einer sorgsamsten Prüfung zu unterziehen und sich auf Grund derselben baldmöglichst gutachtlich zu äußern, ob und welche Aenderungen an derselben sie für nöthig erachte, um die entsprechende Verwendung der Wehrkraft des Bundes zu dessen Schutze zu sichern.“

Der preussische Bundestagsgesandte gab hierauf folgende Erklärung zu Protokoll:

„Die königl. Regierung kann in dem so eben gestellten Antrage, wonach die Bundeskriegsverfassung einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden soll, nur ein ihren eigenen Absichten entsprechendes Entgegenkommen erblicken. Denn auch sie ist längst von der Ueberzeugung durchdrungen, daß diese Verfassung den Anforderungen der realen Verhältnisse nicht entspricht und unpraktische Bestimmungen enthält, welche für den Fall eines Krieges die notwendige Energie und Einheit der Aktion zu gefährden geeignet sind.“

„In den ihrem Antrage vorausgeschickten Bemerkungen haben die hohen Bundesregierungen auch die Bundesverhältnisse im Allgemeinen und deren Fortbildung zum Gegenstande der Erörterung gemacht.“

„Ihre Seite hat die königl. Regierung die hohe Wichtigkeit der hier berührten Fragen niemals verkannt, vielmehr denselben längst ihre vollste Aufmerksamkeit zugewendet.“

„Sie wird hierin und bei der Beurtheilung der Aufgaben und der bestehenden Einrichtungen des Bundes, wie während der jüngsten Zeitereignisse, so auch jetzt noch, von der Ueberzeugung geleitet, daß das sicherste Mittel, den Bundesbeschlüssen ihre Autorität und den bundesverfassungsmäßigen Bestimmungen ihre Wirksamkeit zu sichern, darin zu suchen ist, daß jene innerhalb ihrer richtig beschränkten Kompetenz und diese auf der Basis praktischer Ausführbarkeit sich bewegen.“

„Geht der Bund bei weiterer Entwicklung seiner Institutionen, von deren Nothwendigkeit die königl. Regierung durchdrungen ist, von

dieser Basis aus, und läßt er dabei zugleich den wohlverstandenen Bedürfnissen der Nation und den realen Machtverhältnissen seiner Mitglieder ihre volle Berücksichtigung widerfahren, so wird man sich auch mit Recht der Erwartung hingeben dürfen, daß in Tagen der Gefahr er sich derjenigen Machtentwicklung und einheitlichen Aktion fähig zeigen werde, welche seine Sicherheit zu verbürgen geeignet ist.“

Der offizielle Bericht über die Sitzung der Bundesversammlung vom 20. in den frankfurter Blättern lautet: „Es wurde von mehreren Regierungen der ausführlich motivirte Antrag gestellt, die Bundes-Militärkommission zu beauftragen, alsbald die Bundeskriegsverfassung einer sorgsamsten Prüfung zu unterziehen und sich auf Grund derselben gutachtlich zu äußern, ob und welche Aenderungen an derselben sie für nöthig erachte, um die entsprechendste Verwendung der Wehrkraft des Bundes zu dessen Schutze zu sichern. Dieser Antrag wurde sofort einstimmig, theilweise unter Hervorhebung abweichender Motive, zum Beschlusse erhoben. — Von Oesterreich wurde zur Anzeige gebracht, daß in Folge des Kommandowechsels in Mainz Feldmarschall Fürst Windischgrätz zum Gouverneur und Feldmarschall-Lieutenant Frhr. v. Paumgartten zum Vice-Gouverneur dieser Bundesfestung ernannt worden ist. — Oldenburg theilte eine Erklärung bezüglich der Reklamation des Grafen Heinrich v. Bentinck wegen seiner agnatischen Rechte auf Kaishausen mit, welche an den betreffenden Ausschuss ging. — Die herzoglich anhaltischen Regierungen ließen erklären, daß sie seit mehreren Jahren in Verhandlung befindliche Verfassungs-Angelegenheit, im gegenseitigen Einvernehmen und im Einverständnisse mit den Betheiligten, ihre befriedigende Erledigung gefunden habe, und suchten um die Bundes-Garantie für die am 1. Oktober d. J. in Kraft getretene neue Land-schaftsordnung nach. — Ferner wurde der Antrag des Militär-Ausschusses wegen Beistellung und Bereithaltung der für die Besatzungstruppen der Bundesfestungen erforderlichen Reserven an Handfeuerwaffen und blanken Waffen genehmigt. Endlich wurden mehrere Eingaben der Bundesversammlung vorgelegt.“

Das Oktober-Heft des Centralblatts für die gesammte Unterrichts-Verwaltung Preußens bringt zwei Erlasse des Ministers v. Bethmann-Hollweg an das Universitäts-Curatorium in Bonn und den Ober-Präsidenten v. Schleinitz in Breslau, durch welche unter dem 5. Oktober nach Berichterstattung derselben die in den Statuten sämmtlicher Fakultäten der Universität Bonn und der katholisch-theologischen, juristischen und medizinischen Fakultät der Universität Breslau enthaltene Bestimmung, wonach die Licentia docendi einem Privat-Dozenten nur für vier Jahre ertheilt und nach deren Verlaufe durch einen einfachen Fakultätsbeschluss verlängert werden darf, außer Kraft gesetzt wird.

Die Bestimmung des Erlasses vom 24. Oktober 1837, welcher den drei oberen Klassen der Gymnasien einen je zweijährigen Cursum vorschreibt, ist, nach dem Centralblatt, durch eine Verfügung des Cultusministers vom 22. August in Bezug auf den Cursum der Terzia wieder eingeschränkt worden. Die Veretzung besonders fähiger und fleißiger Schüler in kürzerer Zeit ist für zulässig erklärt.

Die Direktoren der hiesigen städtischen höheren Schulen haben bei dem Magistrat zur würdigen Begehung der Schillerfeier für jede der Anstalten 100 Thaler beantragt, deren Bewilligung man um so mehr entgegensetzt, da die Behörden mehrerer großer Provinzialstädte, wie Breslau, Danzig, Stettin, bereits mit diesem Beispiele vorangegangen sind.

**Potsdam.** [Das Befinden Sr. Maj. des Königs.] Am Sonnabend Nachmittag machte Se. Majestät der König eine mehrere Stunden währende Ausfahrt nach dem Wildpark hin und kehrte auf dem Rückwege an dem Drangeriehaus, vor welchem die Fontaine in der Mitte sprang, vorüberfahrend, gegen 4 Uhr nach Schloß Sanssouci zurück. Mit Sr. Maj. saß der königl. Leibarzt Dr. Böger im Wagen, ein zweiter Wagen mit den königlichen Adjutanten folgte; das Befinden des hohen Herrn ist an diesem Tage ein besonders befriedigendes gewesen. (B. 3.)

## Frankreich.

**Paris, 23. Oktbr.** [Die Congressfrage.] Sie können mir gewiß das Zeugniß ertheilen, daß ich in der Congressfrage bisher zu den überzeugtesten Optimisten gehört habe; ich glaube auch heute noch, daß der Völkerrath binnen einer mehr oder minder geraumen Frist zusammentreten muß; — aber ich habe Grund, zu befürchten, daß diese Frist eine lange sein und daß England erst in Folge gewisser, noch im Zukunftsschooße ruhender Eventualitäten seine Zustimmung ertheilen wird. Die Stimmung in den hiesigen politischen Kreisen ist seit einigen Tagen eine sehr gedrückte. Man behauptet auch, Frankreich mache die Unterzeichnung seines Vertrages mit Sardinien von gewissen finanziellen Zugeständnissen und der piemontesischen Entfugung der Annerion abhängig, und habe die Reise des Herrn Dabormida nur auf diese Angelegenheit Bezug gehabt.

**Paris, 23. Oktober.** [Die Differenzen wegen Marokko.] Das londoner Kabinet hat sich nicht darauf beschränkt, die gestern erwähnten Vorwürfe, welche der französischen Regierung die Ausreizung Spaniens gegen Marokko zur Last legen, dem Grafen Persigny gegenüber auszusprechen, Lord Cowley hat zugleich eine Note des Staatssekretärs des Auswärtigen übergeben, welche diese Beschuldigungen näher präcisirt. Nach dem Standpunkt, welchen das Foreign Departement in dieser Frage einnimmt, würde Spanien nicht nöthig gehabt haben, Sidi Mohamed den Krieg zu erklären, da das marokkanische Gouvernment zu jeder billigen Genugthuung bereit gewesen sei. Man giebt sehr deutlich zu verstehen, daß Frankreich das madriper Kabinet gedrängt habe, den Konflikt mit Marokko zu provociren, weil es selbst begierig nach einer Gelegenheit habe, seine Position im Mittelmeer zu befestigen, und den spanisch-marokkanischen Streit dazu als Vorwand benutzen möchte. England erklärt sich in einer sehr energischen und drohenden Weise gegen die spanische Expedition, und Lord Cowley soll in einer Unterredung mit dem Grafen Baleski kein Hehl daraus gemacht haben, daß die Garnison in Gibraltar vermehrt, und auch die

